



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 10.02.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 19.01.2015, 16:00 Uhr bis 19:25 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer-Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerrit Krupp	SPD
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Frau Monika Möller	SPD

Beratende Mitglieder

Herr Wolfram Baentsch	Alternative für Deutschland
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-------------------------	---

Beratende Mitglieder

Herr Gregor Berghausen	auf Vorschlag der SPD
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Roth	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken
Frau Maria Artmann	auf Vorschlag der FDP
Frau Dirim Su Derventli	Bezirksschüler/innenvertretung
Frau Beate Habets	Evangelische Kirche
Herr Ulrich Trapp	Stadtschulpflegschaft

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Stefanie Ruffen FDP

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Utta Brauweiler-Fuhr	Evangelische Kirche
Frau Lena Göwecke	Bezirksschüler/innenvertretung
Frau Bettina Levy	Synagogengemeinde Köln
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogengemeinde Köln

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der **Schulpost** ausgelegt wurde.

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

Zu Beginn der Sitzung werden Frau Dr. Klein, Herr Pfeuffer und Frau Heuer eine „**Präsentation zur Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und Weiterbildungskollegs in Köln**“ in Ergänzung zur Mitteilung 3921/2014 (TOP 5.7) vortragen.

Anschließend kann Frau Kirsch noch Neuigkeiten zur **Beschulung von Flüchtlingskindern** in Ergänzung zur Mitteilung 2804/2014 (TOP 5.5) präsentieren.

Neu sind die Anfragen unter TOP 2.2.1 bis 2.2.4 (die beiden letztgenannten als **Tischvorlage**),

-die Mitteilungen unter TOP 5.6 bis TOP 5.9,

-sowie die Vorstellung einer Bewerberin um eine Schulleitungsstelle unter TOP 10.5 (als **Tischvorlage**).

Herr Dr. Schlieben bittet die Antragsteller der Anfrage unter TOP 2.2.4 um Stellungnahme, ob der zugrundeliegende Grundsatz- und Planungsbeschluss unter TOP 4.2 entsprechend bis zur Klärung der Anfrage in den nächsten Beratungslauf bis zum 09.03.2015 verschoben werden soll.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass seine Fraktion ohne Beantwortung der Anfrage keine Entscheidung über die Vorlage fällen kann. Sollte die Anfrage noch vor der Ratssitzung beantwortet werden können, so schlägt er eine Sondersitzung vor.

Herr Philippi erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass man wegen der besonderen Dringlichkeit spätestens zur nächsten Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung eine Entscheidung treffen sollte.

Frau Dr. Klein verweist auf den dringenden Bedarf an zusätzlichen Schülerplätzen im Stadtbezirk Lindenthal auf Grund weiter steigender Kinder- und Schülerzahlen und den schulrechtlichen Änderungen zur Absenkung der Klassengrößen im Zusammenhang mit Inklusion, den sie bereits in der letzten Ausschusssitzung und in der Bezirksvertretung Lindenthal dargestellt hat. Der Bedarf könne nicht allein durch die Erweiterung bestehender Schulen gedeckt werden. Für die kommenden Jahre ergibt sich aus den Modellrechnungen für den Bezirk Lindenthal eine Bedarfslücke von 11-12 Zügen, das sind 2-3 weiterführende Schulen. Infolge dessen will die Verwaltung in einem ersten Schritt mindestens 2 neue weiterführende Schulen unverzüglich planen und realisieren lassen, die im Sommer 2019 eröffnet werden müssen. Mittelfristig ist auch der Bau einer dritten neuen Schule unverzichtbar. Da es sich bei der ortsnahen Bereitstellung ausreichender Schülerplätze um eine Pflichtaufgabe handelt, steht die Frage eines Verzichts nicht zur Diskussion. Frau Dr. Klein sagt zu, dass die Anfrage schnellstmöglich beantwortet wird. Das sei nicht schwierig, weil alle in Frage stehenden Grundstücke bereits von der Verwaltung geprüft wurden. Um klarzustellen, dass man auch über dasselbe Grundstück spricht, bittet sie aber um Präzisierung, welches Grundstück genau unter der Frage 1 mit der Bezeichnung „Fläche Gleisdreieck im Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld / Müngersdorf“ gemeint sei, denn dort befindet sich unter anderem das Lammerting-Gelände. Zu Frage 2 verweist sie auf die Vorlage 3907/2014 im Stadtentwicklungsausschuss, in welcher die Verwaltung vorschlägt, das Grundstück Jahnstraße gänzlich zur Wohnbebauung zur Verfügung zu stellen. Sie sei ebenso wie die Bürgerinitiative vor Ort und die Bezirksvertretung daran interessiert, dass mindestens ein Teil dieses Grundstückes für Schulbau genutzt wird. Sie bittet deshalb die Politik darum, dieses Interesse auch in andere Gremien wie den Stadt-

entwicklungsausschuss am 22.01. weiterzugeben, um widersprüchliches Abstimmungsverhalten in den eigenen Reihen zu verhindern. Sie hält die Vorlage Aachener Straße / Herbsthalerstraße für entscheidungsreif und bittet auf Grund des dringenden Bedarfes darum, die Entscheidung nicht länger zu verzögern.

Herr Thelen weiß, dass es im Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld / Müngersdorf 3 mögliche Grundstücke gibt und sagt zu, dass er kurzfristig genau das Grundstück mit einem Plan benennt, welches geprüft werden soll, da 2 der 3 Grundstücke zu klein sind. Zum Parkplatz am Müngersdorfer Stadion führt er aus, dass seine Fraktion nicht nachvollziehen kann, dass die Parkplätze für die Besucher des Stadions unabdingbar sein sollen. Hier seien durchaus Synergieeffekte durch einen Schulbau denkbar, da das Stadion nicht täglich genutzt werde. Bei der Vorlage zur Ludwig-Jahn-Straße im Stadtentwicklungsausschuss sei durchaus die Möglichkeit enthalten, dass ein Teil des Grundstückes auch als Schulfläche genutzt werden könne. Es sei auch denkbar, dass der Stadtentwicklungsausschuss zu diesem Grundstück zunächst keinen Beschluss fasst.

Herr Dr. Schlieben weist darauf hin, dass es eine Ratssitzung am 05.02.2015 gibt und danach eine am 24.03.2015. Sollte der TOP von der Tagesordnung genommen werden, so könnte der Rat erst am 24.03. erreicht werden. Anderenfalls müsse sich die Politik bis zum 05.02. in einer Sondersitzung positionieren. Er warnt davor, sich einer eigenen Entscheidung zu entziehen. Deshalb bittet er die Antragsteller erneut um eine konkrete Stellungnahme, ob die Zeit bis zum 24.03. zur Entscheidungsfindung benötigt wird.

Herr Philippi erklärt, dass seine Fraktion die Vorlage in der vorliegenden Version beschließen könnte. Wenn die Verwaltung die Anfrage innerhalb von 8-10 Tagen beantworten könnte und eine Prüfung in Ruhe möglich sei, dann könne man auch noch vor dem 05.02. zustimmen.

Herr Thelen bezweifelt für seine Fraktion, dass man innerhalb dieses kurzen Zeitraums eine seriöse Entscheidung treffen könne und bittet, die Vorlage bis zum nächsten Sitzungslauf im März zurückzustellen.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, erklärt, dass auch ihre Fraktion in der Lage gewesen wäre, der Vorlage zuzustimmen, weil man den Standort für tragbar und richtig hält. Sie vermisst bisher aber eine Vorlage für ein Gymnasium.

Frau Dr. Klein sagt zur nächsten Sitzung die Vorlage für einen zweiten Standort zu und widerspricht der Vermutung, dass die Verwaltung ein Gymnasium nicht mit der gleichen Intensität plane wie eine Gesamtschule. Als Sportdezernentin warnt sie davor, die Parkplatzsituation am Stadion zu hinterfragen, weil die Prüfung sehr komplex und zeitintensiv sei und man die Genehmigung des Rheinenergie-Stadions damit in Frage stelle: Bei Großveranstaltungen werde dort jeder Platz benötigt.

Herr Schlieben lässt daraufhin über die geänderte Tagesordnung und über den Beschluss zu TOP 4.2 (siehe dort) abstimmen.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0.1 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen
- 0.2 Vorstellung einer neuen Schulrätin
- 0.3 Präsentation zur Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln (vgl. TOP 5.7 - Mitteilung 3921/2014)
- 0.4 Beschulung von zugereisten Kindern und Jugendlichen in Köln (vgl. TOP 5.5 - Mitteilung 2804/2014)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Frühere Anfragen
 - 2.1.1 Lärm- und Immissionsschutz an der Grundschule Ottostraße 76
3787/2014
- 2.2 Neue Anfragen
 - 2.2.1 PCB-Belastung in Kölner Schulen, Kindergärten und Sporthallen
AN/0041/2015
 - 2.2.2 Digitales Lernen an Kölner Schulen
AN/0059/2015
 - 2.2.3 Situation der Flüchtlingskinder an der Johann-Bendel-Realschule
AN/0110/2015
 - 2.2.4 Zukünftige Schulstandorte im Stadtbezirk Lindenthal
AN/0147/2015

3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Gesamtkosten Bildungslandschaft Altstadt Nord, Baubeschluss Baufeld B
3837/2014

- 4.2 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines Schulgebäudes mit 3-fach Sporthalle für eine Gesamtschule mit je 4 Zügen Sekundarstufe I und II auf dem Grundstück Aachener Straße/Herbesthaler Straße in 50933 Köln-Müngersdorf
3960/2014
- 4.3 Beschluss über die kommunale Klassenrichtzahl und somit die Zahl der Eingangsklassen der Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft und die Festlegung der Schülerplätze in diesen Klassen.
3971/2015
- 4.4 Schulorganisatorische Veränderungen an den Förderschulen im Stadtbezirk Kalk - Auslaufende Schließung der Förderschule "Der Kleine Prinz", Änderung der Martin-Köllen-Schule in eine Förderschule im Verbund
2834/2014
- 5 Mitteilungen**
- 5.1 Verleihung des Titels "NRW-Sportschule Köln" an das Apostelgymnasium, die Elsa-Brandström-Realschule, das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium und das Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg
3535/2014
- 5.2 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen - amtliche Schuldaten bis zum Schuljahr 2013/14
3556/2014
- 5.3 Tarifierpassung der KölnBäder GmbH
3637/2014
- 5.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus mit Dreifachsporthalle für die Gesamtschule Nippes
3735/2014
- 5.5 Beschulung von zugereisten Kindern und Jugendlichen in Köln, Sachstandsbericht zum 31.10.2014
2804/2014
- 5.6 VHS-TalentCAMPus
3987/2015
- 5.7 Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln 2015
3921/2014
- 5.8 Wissenschaft im Rathaus - Programm 2015
4000/2015

5.9 Themenjahr 2015 "Älter - Bunter - Kölner | Gesellschaft im Wandel"
4003/2015

6 Anfragen

7 Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Gleichstellungsrelevante Themen

9 Mitteilungen

10 Personalien

10.1 Besetzung der Stelle Rektor/in der GGS Antwerpener Str. 19-29, Köln-
Innenstadt
3616/2014

10.2 Besetzung der Stelle Rektor/in der GGS Riphahnstr. 40a, 50769 Köln-
Chorweiler
3938/2014

10.3 Besetzung der Stelle Rektor/in im Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48 in
50677 Köln
3938/2014/1

10.4 Besetzung der Stelle Rektor/in an der Albert-Schweitzer-Realschule in
51107 Köln-Ostheim
3980/2015

10.5 Besetzung der Stelle Rektor/in der KGS St.Martin-Schule Balsaminenweg 52
in 50769 Köln-Seeberg
0092/2015

11 Vorlagen

11.1 Prüfbericht Kooperationsverträge Offene Ganztagschule im Primarbereich
(OGS) bei 40 - Amt für Schulentwicklung
3246/2014

12 Anfragen

13 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

Es sind keine neuen sachkundigen Einwohner/innen anwesend.

0.2 Vorstellung einer neuen Schulrätin

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt sich die neue Schulrätin Frau Vianden den Mitgliedern des Ausschusses vor.

0.3 Präsentation zur Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln (vgl. TOP 5.7 - Mitteilung 3921/2014)

Frau Dr. Klein, Herr Pfeuffer und Frau Heuer stellen die **„Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und Weiterbildungskollegs in Köln“** in Ergänzung zur Mitteilung 3921/2014 (TOP 5.7) vor (Anlage 1).

Herr Dr. Schlieben bittet darum, dass die Mitteilung unter TOP 5.7 in der nächsten Sitzung erneut mit auf die Tagesordnung genommen wird.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin (CDU), begrüßt, dass die Schulentwicklungsplanung als Diskussionsgrundlage für die weiteren planerischen Entscheidungen vorgelegt wurde. Der hohe Migrantenteil an den Berufskollegs ermögliche höhere Bildungsabschlüsse für diesen Personenkreis als an allgemeinen Schulen. Auch habe es an Berufskollegs schon immer umfassender als an jeder anderen Schulform gemeinsames Lernen gegeben. Sie fragt nach, wie das beschriebene Raumdefizit gelöst werden soll. An den Kölner Berufskollegs fehlten –je nach Berechnung– zwischen 60 und 100 Unterrichtsräume. Man war deshalb davon ausgegangen, dass durch den zusätzlichen Standort Ossendorf zusätzlicher Schulraum geschaffen werde. Eine Kompensation durch eine Gesamtschule und ein Gymnasium war davor nicht in Rede. Auch Berufskollegs seien weiterführende Schulen. Das Wirtschaftsgymnasium Südstadt beispielsweise sei ebenso wohnortgebunden wie ein Gymnasium. Daneben wurde im Vortrag nicht darauf eingegangen, dass an den Berufskollegs 43 Sportübungseinheiten fehlen. Es habe Untersuchungen gegeben, die nachgewiesen hätten, dass bei jungen Frauen mit dem Wechsel aus der allgemeinbildenden Schule innerhalb von einem Jahr eine Gewichtszunahme von bis zu 9 kg feststellbar sei. Mangels Sportübungseinheiten könne „Bewegung und Gesundheit“ an den Berufskollegs nicht in dem erforderlichen Umfang thematisiert werden. Hier seien dringend Perspektiven für die Lösung dieses Problems in Zukunft vonnöten. In der APO-BK sei der 8-Stunden-Tag vorgeschrieben. Es fehle aber an korrespondierenden Ausstattungen mit Cafeterien oder Mensen. Der Sanierungsbedarf an den Berufskollegs müsse insgesamt festgestellt und sein Abbau müsse priorisiert werden. An den Berufskollegs gebe es im Bereich Inklusion das Problem, dass Schüler/innen aus dem Bereich LES nicht erfasst würden, weil die Feststellung des LES-Förderbedarfes mit der Sekundarstufe I ende. Hier sei ein verlässliches Übergabesystem zur Feststellung des Förderbedarfes beim Wechsel in die Sekundarstufe II dringend erforderlich, damit eine kontinuierliche

Fortführung der Förderung in der SEK II möglich wird. Darüber hinaus sei auch die Schulung der Lehrkräfte für Inklusion auszubauen.

Herr Berghausen, sachkundiger Einwohner (SPD), weist darauf hin, dass die aktuellen Anpassungen der mittlerweile im Landtag verabschiedeten APO-BK im Konzept nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Die ausbildende Wirtschaft nehme einen Sanierungsbedarf einzelner Berufskollegs wahr. Auf Grund der negativen Außenwirkung sollte man baldmöglichst Beschlüsse zur Behebung des Sanierungsstaus fassen. Er vermisse in den Schulentwicklungsplänen Aussagen über die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gebietskörperschaften. Hier sollten konkrete Vorschläge zur Entlastung der Stadt Köln aufgenommen werden, indem man die Bereitschaft der benachbarten Kommunen zur Investition in die Berufskollegs mit aufnimmt. Schließlich weist Herr Berghausen noch darauf hin, dass „Schüler Online“ nicht das von Düsseldorf präferierte Konzept ist: Es handele sich bei „Schüler Online“ nur um ein lenkendes Instrument, während der von Düsseldorf angebotene „Studi-Finder für BKs“ mehr qualitative Beratung biete. Hiervon könne man für Köln einiges übernehmen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, unterstützt den Vorschlag, Kooperationen mit den umliegenden Kreisen zur Investition in die Berufskollegs einzugehen. Er bezweifelt die Aussage, dass die Schülerzahlen relativ konstant blieben, weil es allgemein die Tendenz weg von der beruflichen Ausbildung in Richtung Hochschulausbildung gebe. Da sei ein Rückgang der Schülerzahlen zu erwarten, den man bei den Planungen mehr berücksichtigen müsse. Außerdem bittet er um Verbesserungsvorschläge, wie der Benachteiligung ausländischer Jugendlicher beim Zugang mehr entgegengewirkt werden könne.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin (CDU), weist auf den Stand der dualen Bildung als Exportschlager (nach Indien, in die Vereinigten Emirate oder die nordafrikanischen Staaten) hin.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Folgenutzung der für Ossendorf frei werdenden Standorte noch nicht endgültig geklärt sei und noch in Ruhe diskutiert werden könne. Die Turnhallensituation in Köln sei unbestritten nicht auskömmlich. In einem Entwurf zum Bericht des Gemeindeprüfungsamtes werde Köln im Städte-Ranking am Minimum aufgeführt. Deshalb werde man bei jedem Schulneubau auch die erforderlichen Sportübungseinheiten prüfen und bei der Planung berücksichtigen, doch koste eine Sportübungseinheit umgerechnet rund eine Million Euro. Die Schulentwicklungsplanung sehe durchaus vor, dass der unbestrittene Sanierungsbedarf an den Berufskollegs angegangen werde. Die Schulversorgung werde man mit den Umlandgemeinden auch weiterhin diskutieren, jedoch immer mit Blick auf den Haushalt. Frau Dr. Klein verweist hierzu auf die Ausführungen auf Seite 8 der Mitteilung. Dass duale Bildung ein Exportschlager ist, konnte sie persönlich im Rahmen eines Austausches mit der Partnerstadt Peking feststellen.

Herr Pfeuffer sagt zu, dass die aufgeworfenen Fragen zur nächsten Sitzung gesondert beantwortet werden. Mit Blick auf die Standortoption Ossendorf wolle man in einer Prüfoption die Anregung aufnehmen, auch hier ggf. ein Campus-Modell zu planen. Korrigieren möchte er im Nachhinein eine Formulierung auf Seite 53 der Mitteilung: Der Satz „Die kaufmännischen Bildungsgänge des BK 5 könnten dann gegebenenfalls auf die Kölner Berufskollegs mit kaufmännischem Schwerpunkt verteilt werden.“ sei missverständlich und soll ersatzlos gestrichen werden. Eine exakte Darstellung, was hier gemeint war, werde neu formuliert zur nächsten Sitzung vorgelegt.

0.4 Beschulung von zugereisten Kindern und Jugendlichen in Köln (vgl. TOP 5.5 - Mitteilung 2804/2014)

Frau Kirsch gibt eine Übersicht zur **Beschulung von Flüchtlingskindern** in Ergänzung zur Mitteilung 2804/2014 (TOP 5.5).

Frau Dr. Klein dankt dem Team von Frau Kirsch und dem kommunalen Integrationszentrum für die engagierte Arbeit und ergänzt, dass die Zuwanderung an Köln besondere Herausforderungen stelle, weil die Schülerzahlen ohnehin bereits steigen. Entsprechende Probleme ergäben sich auch im Bereich der Kindertagesstätten: Hier will man in einem Arbeitskreis zusammen mit allen Trägern dafür sorgen, dass auch die vorschulische Bildung durch die Bereitstellung zusätzlicher Plätze gewährleistet werden kann. Auch die Jugendarbeit in den Jugendzentren oder an Sportstätten und in den Vereinen ist entsprechend auszuweiten.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), möchte wissen, ob die Klassenfrequenzen der Vorbereitungsklassen in Höhe von bis zu 18 Kindern eine Landesvorgabe sind oder von der Kommune festgelegt werden. Darüber hinaus fragt er, ob auch illegale Flüchtlinge an den Kölner Schulen beschult werden. Zum Raumangebot und zum personellen Angebot schlägt er vor, dass bestehende Schulen in den freien Zeiten ab 15 Uhr oder samstags genutzt werden und arbeitslose Lehrer damit beschäftigt werden könnten.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, bittet um Klärung, ob durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern das Lehrdeputat der Schulen beeinflusst wird und wie die Schulen personell mit der gestiegenen Nachfrage umgehen. Schließlich will er wissen, wie man die vorschulische Sprachförderung vor der Schulpflicht organisieren will.

Frau Kirsch bestätigt, dass die Klassenfrequenzen auf eine Empfehlung des Schulministeriums zurückgehen. Diese Plätze werden auch benötigt, um den Andrang zu bewältigen. Die Schulverwaltung und die Schulen dürfen den Status eines Kindes nicht abfragen, sodass keine Erkenntnisse darüber vorliegen, ob die Kinder auch gemeldet sind.

Schulrätin Frau Vianden ergänzt, dass es Integrationshilfestellen für Schulen gibt, die für Sprachförderung eingesetzt werden und auf jährlichen Antrag hin mit einer halben Lehrerstelle für jede Vorbereitungsklasse in einer Schule angesetzt werden. Derzeit hat das Land 300 solcher Stellen zusätzlich ausgeschrieben (wovon 82 für die Bezirksregierung Köln und 11 für die Stadt Köln ausgeschrieben wurden). Die Schüler/innen in den Vorbereitungsklassen werden jahrgangsstufenübergreifend unterrichtet mit einem Anspruch auf altersentsprechende Unterrichtszeiten (das wären beispielsweise in einer 5.Klasse der Hauptschule 28 Wochenstunden). Dies ist nicht alleine im Nachmittagsbereich zu erreichen.

Auch Frau Mucuk, SPD-Fraktion, bedankt sich für die bisher geleistete Arbeit. Auf Seite 2 der Mitteilung liest sie, dass die Klassen sehr heterogen sind und viele traumatisierte Flüchtlingskinder einer besonderen Betreuung bedürfen. Sie fragt, wie man diesen Kindern OGS-Plätze zur Verfügung stellen will. Zu den aufgeführten Projekten aus Kalk und Porz mit Rom e.V. möchte sie wissen, warum man diese gerade in diesen Stadtteilen durchführt. In Bezug auf die Sprachfördermaßnahme in Zusammenarbeit mit der Universität an der Notaufnahme in der Herkulesstraße fragt sie nach, ob diese gut angenommen werde und was die Bezirksregierung zur Auffangklasse dort festgelegt habe. Frau Mucuk bittet auch um Klärung, ob die vom kommunalen Integrationszentrum angebotenen Workshops für das Lehrpersonal verpflichtend oder freiwillig sind. Schließlich will sie noch wissen, wie hoch die aktuellen Abbrecherquoten für

die Seiteneinsteigerklassen liegen und wie viele Schüler/innen in ein Ausbildungsverhältnis oder in das Regelschulsystem vermittelt werden konnten.

Frau Kirsch erklärt, dass rechtlich derzeit nicht vorgesehen ist, unterjährig Kinder in die OGTS aufzunehmen. Derzeit prüfe man andere außerschulische Möglichkeiten als Alternative. Beim Projekt in der Herkulesstraße gebe es eine Warteliste für die interessierten Student/innen. Die Schulverwaltung bereitet derzeit zusammen mit der Projektleitung eine konzeptionelle Ausweitung auf andere Bereiche vor. Zu den Auffangklassen in der Herkulesstraße hat man die Schulen im Umfeld angefragt, ob weitere Kapazitäten bereitgestellt werden könnten und konnte das Problem in Abstimmung mit der Bezirksregierung lösen. Abbrecher/innen der Seiteneinsteigerklassen gibt es wegen der Schulpflicht nicht und alle Teilnehmer/innen gehen nach spätestens zwei Jahren in das Regelschulsystem über. Erhebungen, wie viele Teilnehmer/innen in Berufe vermittelt werden konnten, liegen derzeit noch nicht vor.

Frau Vianden berichtet zu den Workshops des Kommunalen Integrationszentrums, dass diese für die Lehrer/innen freiwillig sind, weil man diese nicht verpflichten kann, an einer bestimmten Veranstaltung teilzunehmen, doch bestehe dort ein großer Bedarf, sodass im Bereich der Hauptschulen ein zusätzlicher Arbeitskreis für VK-Klassen eingerichtet wurde. Das Kompetenzteam bietet Sonderveranstaltungen zu Traumatisierungen und kulturellen Hintergründen des Verhaltens an.

Frau Kirsch erklärt zu Kalk und Porz, dass Roma, Kinder aus Bulgarien und Kinder aus Rumänien dort besonders stark vertreten seien. Es gebe dort neben dem zentralen Angebot von Rom e.V., Amaro Kher, auch ein dezentrales Angebot, das sehr gut angenommen werde.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Frühere Anfragen

2.1.1 Lärm- und Immissionsschutz an der Grundschule Ottostraße 76 3787/2014

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bedankt sich für die zufriedenstellende Beantwortung der Nachfragen und hält das Thema damit für abgeschlossen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, widerspricht ihm, weil er nach wie vor eine intensive Begrünung des Zaunes auch aus ästhetischen Gründen für erforderlich hält und eine Lärmschutzmauer als besseres Mittel ansieht. Die Parkplatzfrage sei nicht geklärt worden: Der Parkplatz werde derzeit nur von 3 Fahrzeugen genutzt. Durch eine bessere Zusammenarbeit der 3 Bildungseinrichtungen AMG, KiTa und Grundschule bei der Raumnutzung wäre eine bessere Aufteilung denkbar, sodass Parkplatzflächen nicht in dieser Menge benötigt würden und besser als Spielflächen genutzt werden könnten.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, möchte wissen, zu welchem Zeitpunkt genau gemessen wurde, da sich nur eine geringfügige Überschreitung der Grenzwerte ergab. Die

hohen Kosten eines Zaunes stünden in keinem Verhältnis zu den unter Punkt 2 dargestellten geringen, rechnerisch kaum messbaren Verbesserungen.

(Die Beantwortung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.)

2.2 Neue Anfragen

2.2.1 PCB-Belastung in Kölner Schulen, Kindergärten und Sporthallen AN/0041/2015

2.2.2 Digitales Lernen an Kölner Schulen AN/0059/2015

2.2.3 Situation der Flüchtlingskinder an der Johann-Bendel-Realschule AN/0110/2015

2.2.4 Zukünftige Schulstandorte im Stadtbezirk Lindenthal AN/0147/2015

Die inhaltliche Diskussion über die Anfrage erfolgte vor Eintritt in die Sitzung im Rahmen der Festlegungen für die Tagesordnung (siehe dort).

Frau Dr. Klein verweist zu den Fragen 2 und 3 auf die dortigen mündlichen Ausführungen und sagt zur Frage 1 eine kurzfristige Beantwortung vor.

Herr Dr. Schlieben bittet dennoch darum, alle 3 Fragen zusammen für die anderen Ausschüsse und für die Fraktionen nochmals schriftlich zu beantworten, damit die Entscheidung über die Vorlage unter TOP 4.2 im März erfolgen kann.

3 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Gesamtkosten Bildungslandschaft Altstadt Nord, Baubeschluss Baufeld B 3837/2014

Frau Dr. Klein erläutert zu der Vorlage, dass bei den Beschlussvorlagen die üblichen Baukostensteigerungen, sogenannte „spekulative Kosten“, bisher nicht vorab mit berücksichtigt werden konnten. Vor allem durch eine durchschnittliche jährliche Baukostensteigerung von 2,2 % und durch eine Steigerung der Honorarkosten für Architekten gemäß der geänderten HOAI sind die Kosten des Projektes um rund 9,2 Millionen Euro seit Planungsbeschluss angestiegen. Ein Teil dieser Kosten konnte durch ein

strenges Kostenmanagement neutralisiert werden, indem man darauf achtete, im Kostenrahmen zu bleiben. Das ist jedoch nur zur Hälfte gelungen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, bedauert die Mitteilung über die gestiegenen Kosten, kann die Begründung aber nachvollziehen. Für seine Fraktion ist die Bildungslandschaft Altstadt Nord ein wichtiges Projekt und deshalb wird man der Vorlage zustimmen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bedankt sich für die Erläuterungen, warum die „spekulativen Kosten“ nicht bereits bei der Kostenermittlung im Rahmen des Planungsbeschlusses mit eingerechnet wurden. Für die Zukunft sei eine Baupreisindexierung geplant, was er für sinnvoller halte. Auch seine Fraktion trägt das Projekt mit, doch sei nach seiner Ansicht auf Grund der vielen bautechnischen Fragen der sachverständigere Bauausschuss eher zuständig und deshalb sollte der Beschluss ergänzt werden, dass man dem Beschluss „vorbehaltlich der Zustimmung des Betriebsausschusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln“ zustimme. Doch will er nicht darauf bestehen, weil letztendlich der Rat der Stadt Köln das entscheidende Gremium sei. Er bestätigt die Aussage von Frau Dr. Klein, dass sich die Preissteigerungen im unteren Rahmen bewegen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass ihre Fraktion bereits frühzeitig ihre Bedenken gegen das Projekt geäußert und einen Änderungsantrag gestellt hatte, der jedoch nicht angenommen wurde. Deshalb werde ihre Fraktion die Vorlage auch im Hinblick auf die Kostensteigerung nicht mit beschließen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner (CDU), warnt als Schulleiter aus Aufsichts- und Sicherheitsgründen davor, sanfte Übergänge zwischen Parks und Schulen zu schaffen.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, meldet Bedenken an, weil die für diesen Standort vorgesehene Celestin-Freinet-Grundschule mittlerweile nur noch 37 Anmeldungen hat. Sie fragt deshalb die Verwaltung, ob das Konzept auch bei einem Wegfall der Grundschule noch beibehalten werden kann. Außerdem vermisst sie Angaben zur Bauzeit, was wohl eine Folge der unsicheren Bodenbestandssituation vor Ort ist. Auch habe sie gehört, dass die Montagsstiftung gerade in Verruf gerate, dass man in der Zukunft mit städtischen Haushaltsmitteln teilweise das Personal der Montagsstiftung bezahle.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner (Die Linke), weist darauf hin, dass die Kosten hier bereits um 7,6 % gestiegen sind, bevor der erste Baum gefällt wurde oder ein Altbau abgerissen wurde. Er prognostiziert, dass in diesem Projekt Gesamtkosten von über 100 Millionen Euro entstehen werden. Der pädagogische Wert des Projektes sei nicht messbar, weil es zu konventionell sei und nicht erkennbar sei, wie die durchgehenden Bildungsgänge umgesetzt werden sollen. Seine Fraktion stimme gegen das Projekt, weil man die Politik mit der Drohung, dass eine Ablehnung zu noch höheren Kosten führe, zu einer schnellen Entscheidung zwingen möchte.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die Anmeldungen an Grundschulen auf Grund steigender Geburtenzahlen insgesamt gestiegen sind. Die Zahlen des laufenden Jahres seien nicht zwingend ein Hinweis auf die Entwicklung der kommenden Jahre, sodass der Schulraum an dieser Stelle auch weiterhin benötigt wird. Das Projekt habe eine sehr ausdifferenzierte Zeit-/Maßnahmen-Planung, sodass man einen genauen Plan vorlegen könne. Von den Vorwürfen gegen die Montagsstiftung ist der Verwaltung nichts bekannt und Frau Dr. Klein bittet um eine genauere Angabe der Quelle, damit man dies gegebenenfalls nachprüfen könne.

Herr Gräbener erklärt, dass sich die ausgewiesene Preissteigerung in Höhe von 7,6 % auf einen Zeitraum von 10 Jahren vom Planungsbeginn 2010 bis zur Fertigstellung im Jahre 2020 bezieht. Die Berechnung enthält einen Risikozuschlag, der sich u.a. auf die Bodengüte bezieht, wobei nach dem derzeitigen Kenntnisstand kein Grund für Besorgnis besteht. Dass die Honorarordnung für Architekten auf Bundesebene verändert wurde, sei nicht durch Einsparmöglichkeiten aufzufangen gewesen. Die intensiven Diskussionen über Einsparmöglichkeiten hätten dazu geführt, dass die Vorlage so kurzfristig freigegeben wurde. Erfolgt der Baubeschluss nicht bis zum 05.02., so können die ersten Fällungen nicht mehr bis zum 28.02. durchgeführt werden und es kann wegen Vogelschutz erst 7 Monate später mit den Fällarbeiten begonnen werden, was zu weiteren Baupreissteigerungen mit zu erwartenden Mehrkosten von 1,8 Millionen Euro führt. Herr Gräbener versichert, dass die Montagsstiftung kein Personal aus städtischem Budget finanziert. Vielmehr werde die Projektkoordinatorin für den Verbund für die Schulen von dem gegründeten gemeinsamen Förderverein bezahlt, der sich ausschließlich aus Zuschüssen der Montagsstiftung finanziere.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

„Der Rat beschließt, das im Planungs- und Realisierungsbeschluss vom 14.09.2010 (0508/2010) dargestellte Budget für die Bau- und Planungskosten von ca. 75 Mio. € auf rund 80,7 Mio. € zu erhöhen.

Die dezidierten haushaltmäßigen Auswirkungen sind für die Baufelder A und C mit den jeweiligen Baubeschlussvorlagen vorzulegen.

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Baumaßnahmen im Baufeld B (s. Anlage 8) mit Gesamtbaukosten für die Objekte des Sondervermögens der Gebäudewirtschaft i. H. v. brutto ca. 35.782.300 € zuzüglich Einrichtungskosten i. H. v. ca. 1.151.400 € und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung. Die Umsetzung erfolgt nach EnEV 2014 (Stand 01.01.2016), der denkmalgeschützte Altbau der Grundschule wird in energetischer Hinsicht mit dem Ziel der „Bauschadensfreiheit“ saniert.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Verrechnungsmehrkosten (ehemals Miete Gebäudewirtschaft) inklusive der Nebenkosten i. H. v. 702.400 € für die Schulbauten sind ab 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt, die Mehrkosten für die Kindertagesstätte i. H. v. 172.200 € sind ab 2018 im Teilergebnisplan 0603, Kindertagesbetreuung, Teilplanzelle 16, sonstiger ordentlicher Aufwand zu veranschlagen.“

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

4.2 Grundsatz-/Planungsbeschluss zur Errichtung eines Schulgebäudes mit 3-fach Sporthalle für eine Gesamtschule mit je 4 Zügen Sekundarstufe I und II auf dem Grundstück Aachener Straße/Herbesthaler Straße in 50933 Köln-Müngersdorf 3960/2014

Die inhaltliche Diskussion über die Vorlage erfolgte vor Eintritt in die Sitzung im Rahmen der Festlegungen für die Tagesordnung (siehe dort).

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung stellt die Vorlage zurück und fordert die Verwaltung auf, zunächst die Anfrage „AN/0147/2015 Zukünftige Schulstandorte im Stadtbezirk Lindenthal“ zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion mehrheitlich zugestimmt.

4.3 Beschluss über die kommunale Klassenrichtzahl und somit die Zahl der Eingangsklassen der Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft und die Festlegung der Schülerplätze in diesen Klassen. 3971/2015

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, fragt in Bezug auf die Überhänge, die durch freie Kapazitäten an anderen wohnortnahen Grundschulen ausgeglichen werden, was hier unter „wohnortnah“ zu verstehen sei.

Frau Kirsch kann dies pauschal nicht beantworten, erklärt aber, dass es sich in der Regel um die Zweitwünsche der Eltern handele. Die Entfernungen können sich dabei je nach Stadtteil stark voneinander unterscheiden. Nach der Schülerfahrkostenverordnung ist Grundschulern ein Schulweg von bis zu 2 km zumutbar, doch sei dies in Köln nicht zu befürchten.

Frau Nessler-Komp fragt konkret nach den beiden Schulen An den Kaulen, wo eine Schule Überhang habe und die andere nicht. Die 2 km entfernte nächstgelegene Schule in Roggendorf-Thenhoven habe auch Überhang, sodass sich eine noch größere Entfernung ergäbe.

Frau Kirsch bietet an, dass der konkrete Fall per E-Mail mitgeteilt werde und geprüft werde, ob ein sinnvoller Ausgleich möglich sei.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), fragt zur 2-zügigen Schule Kretzerstraße, ob dort bei einem großen Zuzug durch Bebauung des Clouth-Geländes die Möglichkeit bestehe, eine oder mehrere weitere zweite Klassen einzurichten.

Frau Kirsch geht davon aus, dass an der Schule ausreichend Platz vorhanden ist.

Herr Pfeuffer ergänzt, dass eine Grundschule bei Neueinrichtung eine Mindestzügigkeit von 2 Zügen benötigt. Deshalb habe man die Schule zunächst auf zwei Züge

ausgelegt, plane aber bereits mit einer Dreizügigkeit, die dort auch umgesetzt werden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die kommunale Klassenrichtzahl gem. Ausführungsverordnung zur § 93 Absatz 2 SchulG und somit die Zahl der Eingangsklassen der Grundschulen und die Festlegung der Schülerplätze in diesen Klassen an den Kölner Grundschulen. Für das Schuljahr 2015/2016 werden an den Kölner Grundschulen in städtischer Trägerschaft (unter Verweis auf die Anlage zu dieser Vorlage) 536 Eingangsklassen gebildet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Schulorganisatorische Veränderungen an den Förderschulen im Stadtbezirk Kalk - Auslaufende Schließung der Förderschule "Der Kleine Prinz", Änderung der Martin-Köllen-Schule in eine Förderschule im Verbund
2834/2014**

Herr Dr. Schlieben regt an, den Beschlusstext wie folgt zu erweitern:
„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verzichtet auf eine Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Kalk sich der Vorlage ohne Änderung anschließt.“

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, möchte wissen, wann und unter welchen Bedingungen die beiden Schulen zusammengeführt werden können.

Herr Kockerbeck, Fraktion DieLinke, möchte wissen, wie viele Schüler/innen derzeit auf die Schule „Der kleine Prinz“ gehen. Außerdem fragt er nach, ob die Zahl der Plätze für Schüler/innen durch den Verbund vollständig erhalten bleibt. Er erkundigt sich, ob dies die erste Schule ist, die auf Grund des Inklusionsprozesses geschlossen werde bzw. wie viele bereits geschlossen wurden. Seine Fraktion begrüßt die Inklusion, hält die Mindestgrößenverordnung der Landesregierung aber wegen der Unterfinanzierung der Inklusion für qualitätshemmend. Schließlich will er noch wissen, was die Stadt Köln beabsichtigt, falls mehr Eltern ihr Kind an einer Förderschule anmelden möchten, als dort Plätze vorhanden sind.

Herr Pfeuffer verweist auf die Schulkonferenzbeschlüsse, in denen beide Schulen die vorgesehenen schulorganisatorischen Veränderungen ausdrücklich begrüßen und gleichzeitig wegen ihrer unterschiedlichen Förderschwerpunkte darum gebeten haben, dass für die weitere pädagogische Vernetzung hinreichend Zeit eingeräumt werde. Er gehe von einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren aus. Nach seiner Erinnerung hat die Schule „Der kleine Prinz“ aktuell 66 Schülerplätze in den Jahrgängen 1 bis 6. Durch die beabsichtigte Zusammenführung werde das Förderschulsystem im Stadtbezirk Kalk gefördert, damit verhindert wird, dass beide Schulen auf Grund der rechtlichen Vorgaben geschlossen werden müssten, und um förderpädagogische Kompetenzen zu erhalten. Die Stadt Köln gehe nicht davon aus, dass die Nachfrage nach Förderschulplätzen wieder steige. Es seien bereits mehrere Förderschulen geschlossen worden und bei fallendem Bedarf sind weitere schulorganisatorische Maßnahmen denkbar.

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

- 1.) „Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die auslaufende Schließung der Förderschule „Der Kleine Prinz“, Förderschule emotionale und soziale Entwicklung Viorerstraße 38, 51103 Köln-Kalk ab dem 31.07.2015.
- 2.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig gemäß § 20 Abs. 7 SchulG, die Martin-Köllen-Schule, Förderschule Lernen, Martin-Köllen-Straße 1, 51103 Köln-Kalk ab dem 01.08.2015 (aufbauend) als Förderschule mit dem Verbund der Förderschwerpunkte Lernen und emotionale und soziale Entwicklung in integrativer Form zu führen.
- 3.) Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Martin-Köllen-Schule zukünftig am Standort Hachenburger Straße 11, 51105 Köln-Humboldt/Gremberg zu führen. Gleichzeitig wird ein Teilstandort am bisherigen Standort Martin-Köllen-Straße eingerichtet. Dieser soll so lange aufrechterhalten werden, bis alle Schülerinnen und Schüler am Standort Hachenburger Straße zusammen geführt werden können.
- 4.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung ergänzt die Vorlage wie folgt:

„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verzichtet auf eine Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Kalk sich der Vorlage ohne Änderung anschließt.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Verleihung des Titels "NRW-Sportschule Köln" an das Apostelgymnasium, die Elsa-Brandström-Realschule, das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium und das Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg 3535/2014

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen - amtliche Schuldaten bis zum Schuljahr 2013/14 3556/2014

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen. Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, freut sich an der Entwicklung der Inklusion, kritisiert aber den veränderten Modus zur Berechnung von Förderlehrerstellen an allgemeinbildenden Schulen durch das Land. Der Förderbedarf müsse unabhängig festgestellt werden, damit durch Stellenkürzungen keine Probleme entstehen. Im Hinblick auf die genannten 14 förderbedürftigen Lernenden an Gymnasien fragt er sich, ob die Gymnasien nur in geringem Umfang Angebote zur inklusiven Arbeit entwickeln.

Frau Dr. Klein sieht ein Problem darin, dass Schulen mit dem Willen zur Inklusion vom Land nicht in dem erforderlichen finanziellen und personellen Umfang unterstützt würden. Bei den Gymnasien bestehe mit Sicherheit Nachholbedarf, doch bestehe bei vielen Eltern von Kindern mit Förderbedarf eine hohe Hemmschwelle, ihr Kind an einem Gymnasium anzumelden.

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, sucht eine Erklärung dafür, dass anscheinend bei Jungen ein höherer Förderbedarf bestehe, als bei Mädchen. Er fragt nach, ob sich dies auf einen bestimmten Förderbereich beziehe.

Herr Pfeuffer sieht hier einen Schwerpunkt bei den „weichen“ Förderschwerpunkten, insbesondere für emotionale und soziale Entwicklung.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.3 Tarifierung der KölnBäder GmbH
3637/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.4 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Neubaus mit Dreifachsporthalle
für die Gesamtschule Nippes
3735/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.5 Beschulung von zugereisten Kindern und Jugendlichen in Köln, Sach-
standsbericht zum 31.10.2014
2804/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.6 VHS-TalentCAMPus
3987/2015**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.7 Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die
Weiterbildungskollegs in Köln 2015
3921/2014**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.8 Wissenschaft im Rathaus - Programm 2015
4000/2015**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.9 Themenjahr 2015 "Älter - Bunter - Kölner | Gesellschaft im Wandel"
4003/2015**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, wann die **Ersatzcontainer in der Gesamtschule Holweide** aufgestellt werden.

(Die Beantwortung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ist als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.)

7 Verschiedenes

Köln, den 10.02.2015

Dr. Schlieben

Vorsitzender

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1: Präsentation zur Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs und die Weiterbildungskollegs in Köln

Anlage 2: Antworten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln auf die Anfragen unter TOP 6 und TOP 2.1.1